



GEMEINDE WETTINGEN

Protokoll des Gemeinderates

Nr. 1693 1. Oktober 2001 F/B/ss/es

12.01 Allgemeines, Grundlagen, Erhebungen, Statistik

Interpellation Stephan Preisch und Richard Ganz betreffend Stadtunion

Anlässlich der Einwohnerratssitzung vom 13. September 2001 ist von Stephan Preisch und Richard Ganz folgende Interpellation eingereicht worden:

Aus der Presse konnte entnommen werden, dass der Gemeinderat dem Verein "Stadtunion" eine Abfuhr erteilt hat. Damit wurde die zukunftssträchtige Idee einer grenzübergreifenden Problemlösung in der Region beendet.

In diesem Zusammenhang interessieren folgende Fragen:

1. Welches sind die Gründe, weshalb der Gemeinderat Wettingen der Stadtunion keine Unterstützung anbietet?
2. In welchen Bereichen wird dennoch eine regionale Zusammenarbeit angestrebt? Ist der Gemeinderat überhaupt noch gewillt, regionale Zusammenarbeit zu leisten?
3. In welchen Bereichen wurde bereits eine regionale Zusammenarbeit angestrebt? In welchen Belangen wird dies erfolgreich ausgeführt, in welchen nicht?

Der Gemeinderat nimmt zur Interpellation wie folgt Stellung:

Der Gemeinderat Wettingen setzt sich ein für regionale Zusammenarbeit. Regionale Zusammenarbeit ist zur Lösung der heutigen komplexen Aufgaben und im Interesse des effizienten Einsatzes der personellen und finanziellen Mittel unabdingbar. Der Gemeinderat ist für regionale Zusammenarbeit und hat dies auch in sein Leitbild aufgenommen. Regionale Zusammenarbeit bringt Synergien und Effizienz.

Dem Projekt Stadtunion stand der Gemeinderat von Anfang an eher skeptisch gegenüber. Ursprünglich hatte das Projekt Elemente enthalten, mit denen sich der Wettinger Gemeinderat in keiner Weise identifizieren konnte, z.B. einheitlicher Steuerfuss, zusätzliche Hierarchieebene. Ausserdem musste festgestellt werden, dass in den einzelnen Stadtunionsgemeinden die zur Verfügung stehenden Mittel und damit auch die Anspruchsmentalität sehr unterschiedlich sind. Bei gemeinsamen Unionsprojekten wäre es ausserordentlich schwierig, bezüglich der Ansprüche den angemessenen gemeinsamen Nenner zu finden. Ausserdem würden durch gemeinsame verbindliche Projekte Mittel gebunden und damit zu gebundenen Ausgaben, womit die verfügbaren Mittel noch mehr eingeschränkt würden.

Der Gemeinderat hat wohl zur Kenntnis genommen, dass das Stadtunionsprojekt in der Zwischenzeit sehr stark abgespeckt wurde, z. B. bezüglich einheitlichem Steuerfuss, zusätzlichen Strukturen. Ferner wurde das Projekt nicht mehr auf die ursprünglichen Gemeinden eingeschränkt, sondern beispielsweise gestützt auf die Argumentation des Gemeinderates Wettingen auch die Gemeinde Würenlos als Unionsgemeinde in Aussicht genommen. Es wurde auch geltend gemacht, die Stadtunion wolle lediglich ihre Hilfe bei der regionalen Zusammenarbeit anbieten. Dazu ist festzustellen, dass die Stadtunion keine eigene Infrastruktur hat; wenn kommunale Behörden und Verwaltungen für Zusammenarbeitsprojekte nicht in der Lage sind, sind spezifisch erfahrene Fachleute beizuziehen.

Der Gemeinderat sieht die regionale Zusammenarbeit anders: Er möchte Projekte massgeschneidert angehen, sei es mit Gemeindeverbänden, sei es mit Gemeindeverträgen, sei es durch Aufgabenerfüllung durch eine Gemeinde mit Teilabgeltung von andern Gemeinden. Der Gemeinderat möchte auch örtlich differenzieren und nicht einfach das Stadtunionsgebiet als massgeblich betrachten: In gewissen Fällen ist eine Zusammenarbeit lediglich mit Würenlos in Betracht zu ziehen, in andern Fällen mit Baden und/oder Neuenhof; in andern Fällen alle Kerngemeinden; in andern Fällen das obere Limmattal; in andern Fällen die ganze Region.

Zu den einzelnen Fragen der Interpellation nimmt der Gemeinderat wie folgt Stellung:

1. Der Gemeinderat hat andere Vorstellungen über die regionale Zusammenarbeit. Auch wenn die Stadtunion ihr Projekt ständig reduziert, so entspricht dieser immer noch nicht den Vorstellungen des Gemeinderates.
2. Der Gemeinderat ist gewillt, die regionale Zusammenarbeit zu forcieren. In Betracht fallen grundsätzlich alle Belange, die in den Aufgabenbereich der Gemeinden fallen.
3. Die Zusammenarbeit ist bereits realisiert, ist jedoch zum Teil noch zu intensivieren: Abwasserreinigung, Kehrrechtverbrennung, Berufsberatung, Schulpsychologischer Dienst, Polizei, HPS, Schulwesen, öffentlicher Verkehr, Kultur, EWW, Regionalwerke Baden, usw.

In Bearbeitung respektive in Planung sind folgende Gebiete: Kinderkrippe, Zivilstandsamt, Feuerwehr, Zivilschutz, Abfallentsorgung, Sport- und Freizeitanlagen, Jugendarbeit, denkbar: Spitex.

BESCHLUSS

1. Die Interpellation ist im vorerwähnten Sinne zu beantworten. Es ist darauf zu achten, dass insbesondere der Einstieg positiv ausfällt.
2. Vertretung: Gemeindeammann Dr. Karl Frey

Protokollauszug

- Mitglieder Gemeinderat
- Einwohnerratsakten
- Akten